

Berliner Tageblatt

Nr. 493 • Ausgabe B Nr. 245
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 493

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Stund- und Berlin von Rudolf Wolff in Berlin.

Das Kabinett des Zentrums und der Sozialdemokratie.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Die Verhandlungen mit den Demokraten.

E. D. Heute früh hat sich die Situation abermals erheblich verändert. Das sogenannte Kabinett der Persönlichkeiten, das Dr. Wirth als Ausweg aus dem Dilemma vorge schlagen hatte, kommt nicht mehr in Frage. Die Volkspartei sowohl wie die Demokraten hegen einen tiefen Groll gegen die alte Regierung völlig abnehmend gegenüber. Weder Dr. Heineke von der Volkspartei, noch die drei demokratischen Minister Dr. Geiler, Dr. Schäffer und Dr. Rathenau werden der neuen Regierung beitreten. Heute morgen hatte der Chef der demokratischen Fraktion, Dr. Peterßen, eine Unterredung mit dem Reichsanwalt, um mit ihm die Grundlage zu besprechen. Man einigte sich dahin, daß der Reichsanwalt in der heutigen Reichstagskammer gegen den persönlichen Entschluß der Reichstagskommission einlegen werde, und daß es in der Form und mit den Argumenten geschehe, wie die Demokraten in ihren Verhandlungen mit der Regierung in den letzten Tagen vorgezogen hatten. So wird für die demokratische Fraktion kein Anlaß vorliegen, gegen die Regierungserklärung zu stimmen. Der Reichsanwalt wiederholte Dr. Peterßen gegenüber sein Entschließen, doch wenigstens Dr. Geiler im Kabinett zu belassen, um den Aufbau und die Organisation der Reichswehr nicht durch einen Ministerwechsel zu gefährden. In den Demokratischen Kreisen ist die Meinung vorherrschend, daß die Demokraten die Regierung bilden werden. Die Kombination einer sozialistischen Einkreisung, die gefehlt auf Grund eines Schreibens des Abhängigen Dr. Geierling Gegenstand der Erörterung in der sozialdemokratischen Partei war, kommt ernstlich nicht in Betracht, ebenso die Möglichkeit, daß die inabdingliche Sozialdemokratie sich eigenmächtig aus der Regierung herausziehen würde. Zwischen beiden Parteien besteht keine Möglichkeit, sich zu vereinigen, um die Regierung zu bilden. Dr. Wirths Kabinett ist also nicht mehr in Frage. Die Kombination einer sozialistischen Einkreisung, die gefehlt auf Grund eines Schreibens des Abhängigen Dr. Geierling Gegenstand der Erörterung in der sozialdemokratischen Partei war, kommt ernstlich nicht in Betracht, ebenso die Möglichkeit, daß die inabdingliche Sozialdemokratie sich eigenmächtig aus der Regierung herausziehen würde. Zwischen beiden Parteien besteht keine Möglichkeit, sich zu vereinigen, um die Regierung zu bilden.

Verhandlungen wurde eine abermalige Verschiebung des Beginnes der Reichstagskammer auf 4 Uhr beschlossen. Die Besprechungen hatten inzwischen eine gewisse Klärung der Lage herbeigeführt. Obwohl um 2 Uhr nachmittags eine bestimmte Ministerliste noch nicht vorlag, besonders da die Demokraten zu der Anfrage des Reichsanwalts noch keinen eingehenden Bescheid gegeben hatten, wurden als vorläufige Mitglieder des neuen Kabinetts genannt: Reichsanwalt und Minister des Innern Dr. Wirth, Wirtschaftsminister und Reichsfinanzminister Gustav Bauer (Sozialdemokrat), Reichsminister des Innern Dr. Adolf Köster (Sozialdemokrat), Reichsminister des Reichswalds Dr. Geiler (Demokrat), Justizminister Dr. Spahn (Zentr.), Reichsminister Robert Schmidt (Soz.), Ernährung: Dr. Seume (Zentr.), Arbeitsminister: Dr. Rathenau, Verkehr: Gröner (Zentr.), Arbeitsminister: Dr. Seume (Zentr.). Das Finanzministerium, das den Deutschen Volkspartei nahestehenden Staatssekretär Dr. Zapf angeboten worden, von ihm aber abgelehnt worden war, bleibt vorläufig unberührt.

Die „Politik-Parlamentarischen Nachrichten“ schildern den Stand der Lage gegen Mittag wie folgt: „Die Regierung Wirth wird, so zu hoffen, aus dem bisherigen Ministerium bestehen, soweit sie der S.P.D. und der Zentrumspartei angehört haben, mit Ausnahme Dr. Gröner, der als Reichsfinanzminister. Otto Loewy, der frühere preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister ersehen soll. Dr. Adolf Köster, der zunächst als Innenminister vorgezogen war, übernimmt an Stelle Geilers das Reichsjustizministerium. Das Reichsjustizministerium wird von einem Zentrumsmann besetzt werden, jedoch steht noch nicht fest, ob es Dr. Spahn oder Dr. Marck wird; noch einer Person soll Staatssekretär Zapf endgültig abgetreten haben, nach der anderen sollen nach Verhandlungen mit ihm sprechen. Das Außenministerium wird Reichsanwalt Wirth selbst übernehmen.“

Der Beschluß des Reichstagsrates.

Der Reichstagsrat beschloß, nachdem er die heutige Sitzung endgültig auf 4 Uhr nachmittags anberaumt hatte, dem Reichsanwalt mitzuteilen, daß seinerlei amtliche Mitteilung nach Paris gerichtet werden solle, bevor der Reichstag geschlossen hat.

Eine neue Hegrede Korfanigs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Warschau, 26. Oktober.

Die für heute angelegte Parlamentskammer, in der die Regierungserklärung zur obersten Entscheidung gebracht wurde, wurde nach dem Beschlusse der Kommission für die Ausschüsse nach seiner Einbringung erzielt werden konnte. In der Kommission sprach Korfanig als „Sachverständiger“ und betonte, daß ohne seine Zustimmung Polen nur durch ein Verbot seiner Rechte anderer Rechte erhalten hätte. In der Kommission sprach Korfanig als „Sachverständiger“ und betonte, daß ohne seine Zustimmung Polen nur durch ein Verbot seiner Rechte anderer Rechte erhalten hätte. In der Kommission sprach Korfanig als „Sachverständiger“ und betonte, daß ohne seine Zustimmung Polen nur durch ein Verbot seiner Rechte anderer Rechte erhalten hätte.

Der deutsche Vertreter für die Verhandlungen.

Wie wir aus Parlamentarischen Kreisen hören, sind die Beratungen der beteiligten Stellen über die Person des für die Verhandlungen mit Polen zu ernennenden deutschen Vertreters bereits im Gange. Eine endgültige Wahl ist noch nicht getroffen worden. Falls sich die Wahl für die Einberufung eines Kommissars aussprechen sollte, dürfte voraussichtlich der Oberste Reichsanwalt Dr. Wirth kommen. Gehobener Rang, ein gebürtiger Oberösterreicher, war in Oberbergamt Breslau beauftragt und ist gegenwärtig als Kommissar der preussischen Regierung bei der internationalen Kommission in Opatowitz tätig.

Friedensvertrag und Washingtoner Konferenz.

Die Senatsdebatte. — Amerika und Deutschland. — Die Propaganda für Verständigung mit England.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Friedrich Glaser.

Washington, 26. Oktober.

Herr Lodge und Herr Underwood, die Führer der beiden Parteien im Senat, hatten sich nun darüber verständigt, daß die entscheidende Abstimmung über den Friedensvertrag mit Deutschland Mitte Oktober stattfinden solle. (Die Ratifizierung ist inzwischen erfolgt. Die Red.) Lange hinausgeschoben, denn die Verabredung des Kongresses ist für den 10. November in Aussicht genommen und bis dahin soll noch die Steuererhebung erledigt werden. Eine Debatte über die den Alliierten gewährten Anleihen mußte die Administration vermeiden zu lassen, da sie, wie erklärt wurde, eine Quelle der Verlegenheit für die mittlerweile eintrifftenden Delegierten zur Plenumkonferenz werden könnte. Wenn man die Meinungen über den Verfall der Friedensvertrag liest, die während der ersten Erörterungen des Sondervertrages mit Deutschland im Senat gefallen sind, so kann man diesen Wunsch der Regierung verstehen.

Was nun die bisherigen Erörterungen im Senat über den Friedensvertrag mit Deutschland anlangt, so hat sich Herr Lodge mit großer Ausführlichkeit bemüht, den Vertrag zu rechtfertigen, während Herr Underwood ihn als den ersten Schritt zur Annahme des Verfallvertrages und des Völkerbundes bezeichnet hat. Senator Underwood hat die Wiederholung der amerikanischen Forderungen, die während der Verhandlungen mit Deutschland im Senat gefallen sind, so kann man diesen Wunsch der Regierung verstehen. Was nun die bisherigen Erörterungen im Senat über den Friedensvertrag mit Deutschland anlangt, so hat sich Herr Lodge mit großer Ausführlichkeit bemüht, den Vertrag zu rechtfertigen, während Herr Underwood ihn als den ersten Schritt zur Annahme des Verfallvertrages und des Völkerbundes bezeichnet hat. Senator Underwood hat die Wiederholung der amerikanischen Forderungen, die während der Verhandlungen mit Deutschland im Senat gefallen sind, so kann man diesen Wunsch der Regierung verstehen.

„New York Tribune“ nicht in einem Artikel für die Notwendigkeit der Einigung Frankreichs gegen die deutsche Sache plädiert, und auch in der Rede des demokratischen Senators Williams von Mississippi fanden sich ähnliche Gedanken wieder. Dann aber trat Herr Williams mit bemerkenswerter Wärme für die Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs ein, die wie er sagte, lediglich die Erfüllung eines dem deutschen Volke seitens Amerikas gegebenen Versprechens darstelle. Senator Williams erklärte, für den Sondervertrag stimmen zu wollen, und wahrscheinlich wird die Mehrheit der demokratischen Partei diesem Beispiel mit oder ohne Vorbehalte folgen. Jedenfalls läßt sich über den bisherigen Verlauf der Debatte über den Sondervertrag mit Deutschland sagen, daß keine unternommenen Schritte den Frieden gegenüber zurückzuführen. Die Ratifizierung des Friedensvertrages im deutschen Reichstag hat in Senatkreisen, wie mich Herr Lodge wissen ließ, Verwirrung hervorgerufen.

Angehts dieser weitestgehenden Nähe der Senatserörterungen ersehen es als ein Ereignis besonderer Bedeutung, daß Herr Williams noch einmal die frische Hand erhob, um einen letzten Versuch zu machen, den endlichen Friedensschluß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland noch einmal hinauszuschieben. Allein nur wenige Senatoren folgten seiner Aufforderung und auch diese nur unklar und zögernd. Auch einigen Zentr. während der ganze Mann des Oberhauses und machte der Verständigung Platz. Wie sich nun die weiteren Schritte hinsichtlich der Entschädigungsanfrage und der Disponierung über das beschlagnahmte deutsche Eigentum gestalten werden, darüber herrscht freilich noch völlige Dunkelheit. Die Regierung konnte mit keinem der beiden Vorschläge hervortreten, bevor nicht der durch die Erfahrungen der letzten Jahre sehr empfindlich gewordene Senat über die Ratifizierung des Vertrages entschieden hätte. Im übrigen wird den weiteren Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen der Wunsch zugute kommen, daß die allgemeine Aufmerksamkeit sich nicht auf die in sich gegenseitig konvergierenden Meinungen über die Frage der Regierung der Rüstungen zugewendet haben wird.

Auch über ihre Haltung auf der bevorstehenden Konferenz hält sich die Regierung in vornehmlicher Schweigen. Es ist allerdings eine Art von Verhandlungsprogramm veröffentlicht worden, das aber bei eingehenderem Studium dem bereits Bekanntem nichts Neues zufügt. In den Zeitungen veröffentlichen sich die liberalen Zeitungen bringen zahlreiche Artikel über die Pläne Englands und Japans in China, und die eine Abrüstung absehbaren Interessen haben sich neuerdings annehmend mit Erfolg die im letzten Westen herrschende Meinung gegen die japanische Einmischung ausgesprochen. Was die Regierung selber anlangt,

Die voraussichtliche Zusammenstellung des Kabinetts.

Das parlamentarische System wird sich nach folgender Darstellung der Vorgänge des heutigen Vormittags gestalten: Durch den Beschluß der Demokraten, ihre Minister aus der Regierung zurückzugeben, ist heute abermals eine neue Situation entstanden. Um 10 Uhr morgens erschienen die Vertreter der Demokratischen Partei, Dr. Peterßen und Dr. Heineke, in der Reichstagskammer. Um 11 Uhr begannen dann die Besprechungen des Reichsanwalts mit den Vertretern der Mehrheitssozialisten und des Zentrums. Dr. Wirth machte den erschienenen Parteirepresentanten zuerst Mitteilung von seiner Intention, mit den Demokraten und wenn dies in Zusammenhang mit der neuangeordneten Sache nachträglich auf die Ratifizierung des Friedensvertrages hin die Bildung des neuen Kabinetts zur Verfügung stände und eine schnelle Lösung des Problems erfordere. Die eigentlichen Beratungen über die Kabinettsbildung boten erhebliche Schwierigkeiten.

Die verschiedenen Kombinationen wurden verjagt, ohne daß man zu einem Resultat kam. Um 12 Uhr kamen die Mitglieder der sozialistischen und der Zentrumspartei zu dem Entschluß, daß der Reichsanwalt Dr. Wirth an die Demokraten die Frage richten solle, ob sie ihre Minister in der Eigenschaft als Sachverständigen in dem neuen Kabinett belassen wollen. Die demokratische Fraktion, die im Reichstag verwehrt war, wurde telephonisch von dieser Anfrage in Kenntnis gesetzt. Die Beratung über die Aufforderung Dr. Wirths wurde lediglich vorübergehend durch die Beratungen Dr. Wirth in der Reichstagskammer in Anspruch genommen. Infolge der noch nicht abgeschlossenen